

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?							
<p>Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/7780 –</p> <p>dazu</p> <p>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5559 –</p> <p>Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5580 –</p> <p>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5606 –</p> <p>Änderungsantrag der Parlamentarischen Gruppe der FDP zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Rettungsdienstgesetzes, Drucksache 7/7780 - - Vorlage 7/5613 –</p>							
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)						
	<table border="1"> <thead> <tr> <th>Name</th> <th>Organisationsform</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Mobile Retter e.V.</td> <td>Gemeinnütziger Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Mobile Retter e.V.</td> </tr> </tbody> </table>	Name	Organisationsform	Mobile Retter e.V.	Gemeinnütziger Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse	Mobile Retter e.V.
Name	Organisationsform						
Mobile Retter e.V.	Gemeinnütziger Verein						
Geschäfts- oder Dienstadresse	Mobile Retter e.V.						

	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Im Mediapark 5
	Postleitzahl, Ort	50670 Köln
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Als Initiative setzt sich der gemeinnützige Mobile Retter e.V. seit Anfang 2014 für die Verbreitung von Smartphone-basierten Ersthelfer-Systemen in Deutschland ein. Der Verein hilft Gebietskörperschaften und den dort ansässigen Leitstellen bei der nachhaltigen Einführung und dem Regelbetrieb dieser Systeme mit besonderem Fokus auf das aktive Ehrenamtsmanagement.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Für die Implementierung und den nachhaltig erfolgreichen Betrieb ist neben der notwendigen Technik die Sicherstellung geeigneter Betreuungsstrukturen notwendig. Aufgabenfelder sind hierbei: Aufbau von langfristigen Betreuungsstrukturen für die Ehrenamtliche. Weitere Handlungsfelder, die ein qualitätsgesicherter Betrieb erfordert: Projektkoordination, Einbindung regionaler Stakeholder, Öffentlichkeitsarbeit. Eine landesweite Entscheidung für ein Alarmierungssystem sowie zentrale Betreuungsstrukturen bieten hohes Einsparungspotential finanzieller und personeller Ressourcen sowie die Gewährleistung einer hohen Qualität im Hinblick auf die Betreuung der ehrenamtlichen Helfenden.	

5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Köln, 12.10.2023	